

Wahlprüfstein Evangelischer Verband Kirche-Wirtschaft-Arbeitswelt e. V.

Ihre Frage	Unsere Antwort
<p>Jobcenter / SGB II</p> <p>Kaum eine Behörde prägt das soziale Klima in Deutschland wie das Jobcenter. Der Evangelische Verband KWA hat zehn Thesen für ein „Jobcenter der Zukunft“ entwickelt: www.kwa-ekd.de/kda-themenheft_2021_10thesen. Welche dieser Thesen finden die Unterstützung der SPD, welche nicht?</p>	<p>Wir wollen die Grundsicherung zu einem Bürgergeld entwickeln. Unser Bürgergeld steht für ein neues Verständnis eines haltgebenden und bürgernahen Sozialstaats. Deshalb stehen wir für ein Recht auf Arbeit und für Jede*n auf die Chance auf eine Arbeit, Qualifizierung oder eine Möglichkeit auf dem sozialen Arbeitsmarkt. Zudem wollen wir das Recht auf das Nachholen eines Berufsabschlusses. Die Regelsätze im neuen Bürgergeld müssen zum Leben ausreichen und zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigen.</p> <p>Wir wollen, dass auch in Zukunft Vermögen und Wohnungsgröße innerhalb von zwei Jahren nicht überprüft werden. Das Bürgergeld setzt konsequent auf Hilfe und Ermutigung. Eingliederungsvereinbarungen werden durch eine gemeinsame und auf Augenhöhe erarbeitete Teilhabevereinbarung ersetzt. Bei ihrer Umsetzung setzen wir auf Befähigung und Bestärkung und nicht auf Vorgaben und Zwang. Damit teilen wir einen Großteil aufgestellten Thesen ausdrücklich.</p>
<p>Jobcenter / SGB II</p> <p>Sanktionen im SGB II verletzen das Existenzminimum der betroffenen Haushalte und können eine Angstkultur im Jobcenter verursachen. Wie will die SPD das Instrument der Sanktionen nach der Bundestagwahl gestalten?</p>	<p>Da neues Bürgergeld, das wir nach der Wahl einführen möchten, beinhaltet zwar Mitwirkungspflichten, setzt konsequent auf Hilfe und Ermutigung. Sinnwidrige und unwürdige Sanktionen schaffen wir ab. Eingliederungsvereinbarungen werden durch eine gemeinsame und auf Augenhöhe erarbeitete Teilhabevereinbarung ersetzt. Bei ihrer Umsetzung setzen wir auf Befähigung</p>

	<p>und Bestärkung und nicht auf Vorgaben und Zwang. Das sozioökonomische und soziokulturelle Existenzminimum muss jederzeit gesichert sein.</p>
Jobcenter / SGB II	
<p>Ein Teil der Menschen im SGB II benötigt sehr langfristige bzw. unbefristete Beschäftigungsförderung. Das Teilhabechancengesetz war der Einstieg in einen Sozialen Arbeitsmarkt. Will die SPD den Sozialen Arbeitsmarkt nach der Wahl weiter ausbauen oder abbauen? Wie soll er künftig aussehen?</p>	<p>Das Teilhabechancengesetz wurde 2019 von der SPD eingeführt und mit vier Milliarden Euro zusätzlich unterstützt. Es hat sich sehr bewährt, das hat eine erste Evaluation bewiesen. Daher wollen wir den sozialen Arbeitsmarkt dauerhaft weiterführen und perspektivisch ausweiten.</p>
Jobcenter / SGB II	
<p>Für die Jobcenter ist es nachhaltiger, in Berufsabschlüsse und vollwertige Qualifikationen zu investieren anstatt in kurze Trainings. Wie will die SPD die Bildungsangebote der Jobcenter nach der Wahl gestalten; will sie die Bildungsausgaben im SGB II erhöhen oder verringern?</p>	<p>Unsere Antwort - auch auf den Wandel der Arbeitswelt - ist ein „Recht auf Arbeit“. Das bedeutet für uns, dass sich die Solidargemeinschaft dazu verpflichtet, sich um jede*n Einzelne*n zu kümmern und jeder*m Arbeit und Teilhabe zu ermöglichen. Unser Ziel ist es dabei, allen eine Beschäftigung und, falls erforderlich bzw. gewünscht, eine Qualifizierung, Weiterbildung oder eine Stelle auf dem sozialen Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Dafür schaffen wir das Recht auf Förderung beim Nachholen eines Berufsabschlusses und führen einen Weiterbildungs-Bonus ein.</p> <p>Wir haben uns in den vergangenen Jahren erfolgreich dafür eingesetzt, die Mittelausstattung der Jobcenter zu verbessern. Die Aufstockung des Eingliederungstitels war die größte Verbesserung der Mittelausstattung seit der Wirtschafts- und Finanzkrise. Mit dem von uns vorgesehenen Recht auf Arbeit wird die Mittelausstattung im Eingliederungstitel noch mehr Bedeutung erlangen. Wir werden uns daher für eine auskömmliche Ausstattung einsetzen.</p>
Jobcenter / SGB II	

Bitte fassen Sie Ihre Pläne zum Themenfeld Jobcenter und SGB II zusammen: Welche Maßnahmen plant die SPD nach der Bundestagswahl für ein effektives und zugleich menschliches Jobcenter der Zukunft?

Wir werden die Rechte der Arbeitslosen und die Pflichten der Jobcenter stärken. Deshalb wollen wir eine Teilhabevereinbarung, die die Interessen der Bürgergeldbeziehenden mehr berücksichtigt und einer partnerschaftlichen Vereinbarung auf Augenhöhe entspricht. Sie orientiert sich an den individuellen Bedürfnissen und Vorstellungen der Arbeitslosen. In ihr werden Maßnahmen und Angebote des Jobcenters festgehalten, die konkret zur Vermittlung in Arbeit führen sollen. Dazu zählen alle Maßnahmen der Qualifizierung, aber auch Coaching-Maßnahmen oder eine aufsuchende Unterstützung in schwierigen Lebenslagen. Sie enthält, wenn notwendig, Maßnahmen, die zunächst die soziale Teilhabe stärken und persönliche Probleme lösen.

Auch im neuen System wird es zu Konflikten zwischen Jobcenter und Arbeitssuchenden kommen. Wir wollen daher neutrale Ombudsstellen als Anlaufstelle bei Meinungsverschiedenheiten schaffen und das Recht, einmalig die Ansprechperson zu wechseln, wenn die Zusammenarbeit nicht gelingt.